

GEW-Chef Balnis geht auf Distanz zu Kessler

Saarbrücken. Der Chef der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im Saarland, Peter Balnis, geht bei der Schulreform auf Distanz zu seinem Amtsvorgänger, dem heutigen Bildungsminister Klaus Kessler (Grüne). Balnis sagte der SZ, die von Kessler geplante fünfjährige Grundschule sei eine „bildungs-politische Sackgasse“. Zugleich hielt er dem Minister vor, die Gemeinschaftsschule bei den Oberstufen-Standorten gegenüber dem Gymnasium zu diskriminieren. > **Seite B 2: Interview** *nof*

„Fünftes Grundschuljahr wäre eine bildungspolitische Sackgasse“

GEW-Chef Balnis: Verlängerung der Grundschule um nur ein Jahr lohnt sich nicht – Gewerkschafter lehnt Oberstufen-Privileg der Gymnasien strikt ab

Saarbrücken. Der Chef der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Peter Balnis (Foto: SZ), kritisiert die Pläne von Bildungsminister Klaus Kessler (Grüne) für ein fünftes Grundschuljahr. Im Gespräch mit SZ-Redakteur Norbert Freund hielt Balnis dem Minister zudem vor, die geplante Gemeinschaftsschule in der Frage der Oberstufen-Standorte zu diskriminieren.

Was halten Sie von der Gemeinschaftsschule, die die Koalition einführen will?

Balnis: Ich finde die Option gut, in dieser Schule in wichtigen Fächern klasseninterne Lerngruppen zu bilden, anstatt bereits ab Klasse 7 den Klassenverband zugunsten der Bildung von Kursen mit unterschiedlichen Leistungsniveaus zu sprengen. Ein gemeinsames Lernen würde daraus aber nur entstehen, wenn jede Lerngruppe im Klassenverband so-

wohl leistungsstärkere als auch leistungsschwächere Schüler umfassen würde. Wenn die Regierung das meint, sollte sie es klarstellen. Ferner sehe ich mit Sorge, dass diese Option nur genutzt werden kann, wenn die Schulkonferenz das mitmacht.

Was ist daran problematisch?

Balnis: Je nachdem, was die Schulkonferenz beschließt, könnte der Unterricht nach einem Modell A bereits in Klasse 7 zu 50 Prozent und in Klasse 8 zu 70 Prozent außerhalb des Klassenverbandes in Kursen auf unterschiedlichen Leistungsniveaus erfolgen – was mit längerem gemeinsamen Lernen nicht mehr viel zu tun hätte. Er könnte aber auch nach einem Modell B komplett im Klassenverband erfolgen, wobei in einigen Fächern klasseninterne Lerngruppen zu bilden wären. Das wären zwei völlig unterschiedliche Schulen.



Peter Balnis

Und was schlagen Sie vor?

Balnis: Ich meine, dass zumindest das Profil der einzelnen Gemeinschaftsschulen nach außen erkennbar sein muss, damit die Eltern die richtige Schulwahl für ihr Kind treffen können. Im Übrigen lassen die Reformpläne von Klaus Kessler die Gymnasien bisher leider weitgehend außen vor.

Aber es war doch von vorneherein klar, dass die Koalition am Gymnasium nichts ändern will.

Balnis: Mag sein, aber auch Gymnasien müssen sich weiterentwickeln können. Ich meine, dass Gymnasien, aber auch Gemeinschaftsschulen, die auf das Sitzenbleiben verzichten oder behinderte Schüler oder solche

aus bildungsfernem Elternhaus besonders fördern, dafür mit einem kleineren Klassenteiler belohnt werden sollen. Ich verstehe auch nicht, warum die Regierung zwar ständig den Wert des längeren gemeinsamen Lernens betont, dann aber die Frage des gemeinsamen Unterrichts behinderter und nichtbehinderter Schüler außen vor lässt.

Dem Koalitionskonzept zufolge hat jedes Gymnasium eine eigene Oberstufe. Gemeinschaftsschulen sollen dagegen zumindest teilweise Oberstufenverbände mit grundständigen Gymnasien eingehen. Was halten Sie davon?

Balnis: Diese Ungleichbehandlung von Gymnasien und Gemeinschaftsschulen lehne ich ab. Kein Gemeinschaftsschüler sollte auf ein grundständiges Gymnasium wechseln müssen, um das Abitur zu machen. Eine Alternative dazu sollte darin bestehen,

dass Gemeinschaftsschulen untereinander Oberstufenverbände bilden. Auch reine Oberstufengymnasien finde ich gut. Im Übrigen sehe ich nicht ein, warum jedes Gymnasium unbedingt eine eigene Oberstufe haben muss.

Und was halten Sie vom fünften Grundschuljahr?

Balnis: Ich denke, das wäre ein zu großer Aufwand bei einem nur geringen pädagogischen Nutzen. Die Auslese der Schüler nach ihrer schulischen Leistung bahnt sich ja bereits ab der zweiten und dritten Klasse an, aber sie kommt auf jeden Fall. Ob nach Klasse 5 oder ein Jahr früher, ist nicht so wichtig. Für nicht akzeptabel halte ich die verfassungsrechtliche Absage der Jamaika-Koalition an jede weitere Verlängerung der Grundschulzeit. Aus meiner Sicht stellt das Regierungskonzept damit eine bildungspolitische Sackgasse dar.